



Beschlüsse zum BLKB-Dossier: Klare Haltung der FDP-Fraktion

Alain Bai (alain.bai@lr-bl.ch)

Der Landrat hat heute die politische Aufarbeitung der Vorkommnisse rund um die Radicant Bank auf den Weg gebracht. Die FDP-Fraktion sprach sich zunächst – gemeinsam mit den Fraktionen der Mitte und der SVP – klar dagegen aus, Regierungsrat Anton Lauber mittels einer dringlichen Motion der Ratslinken das BLKB-Dossier zu entziehen. Aus Sicht der Bürgerlichen Fraktionen ist es Aufgabe des Regierungsrats, die Zuständigkeiten zu regeln und einzelne Dossiers unter sich zuzuweisen. So hat die Regierung eigenen Aussagen zufolge die Situation bereits letzte Woche erstmals beraten und festgestellt, dass keine Gründe oder Interessenkonflikte vorliegen, die ein Entzug des BLKB-Dossiers rechtfertigen würde. Auch für die FDP-Fraktion gibt es zum heutigen Zeitpunkt keinerlei Hinweise darauf, dass eine unabhängige und transparente politische Aufarbeitung verhindert würde, nur weil Anton Lauber das BLKB-Dossier weiterführt. Ein erster externer Bericht hält vielmehr fest, dass auch der Regierungsrat erst im Juli 2025 und damit unmittelbar vor der öffentlichen Bekanntgabe der Wertberichtigung im Zusammenhang mit dem Numarics-Deal informiert wurde. Seither sind die Regierung und die neue Bankratsspitze denn auch um grösstmögliche Transparenz bemüht.

Die FDP-Fraktion hat sich deshalb mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die politische Aufarbeitung nun in geordneten Bahnen abläuft: Mit der Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) hat der Landrat heute ein klares Zeichen gesetzt, dass die Geschehnisse rund um die BLKB-Tochterbank so weit als möglich untersucht werden müssen. Dafür setzt sich auch die FDP-Fraktion ein, obwohl gewisse Zweifel bestehen, ob die PUK das richtige Mittel darstellt. So ist etwa fraglich, inwieweit eine PUK auf Unterlagen und Personen der BLKB und der Radicant zugreifen kann, zumal beide Unternehmen dem Schweizerischen Bankengesetz und damit mitunter der Aufsicht durch die FINMA unterstehen. Die Kompetenzen der PUK beschränken sich derweil auf Behörden und ihre Mitarbeiter/-innen. Somit hat die FDP-Fraktion die Einsetzung einer PUK wohl auch mangels geeigneter Alternativen einstimmig unterstützt. Die Geschäftsleitung hat nun drei Monate Zeit, um die Grundlagen der PUK zu erarbeiten und wesentliche Fragen etwa in Bezug auf den Auftrag, die Zusammensetzung und das Budget zu klären. In diesem Zusammenhang hat denn auch der Regierungsrat zugesichert, regelmässig zu prüfen, ob das BLKB-Dossier an einen anderen Regierungsrat übertragen werden sollte.

Geschäft 2024/737

Postulat 2025/375: Einsetzung einer unabhängigen PUK zur Untersuchung des Radicant-Desasters

Alain Bai
Fraktionspräsident FDP-Landratsfraktion



Heftige Debatte im Landrat: Gegenvorschlag gescheitert – Energie-Initiative geht direkt an die Urne

Christine Frey (christine.frey@lr-bl.ch)
Landrätin

Heute stand im Landrat die zweite Lesung zur Initiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung» an. Kern der Diskussion war das Energiedekret, das bereits seit Oktober 2024 in Kraft ist. Dieses sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2026 keine fossilen Heizungen mehr ersetzt werden dürfen. Genau gegen diese Zwangsbestimmung richtet sich die Initiative. Sie verlangt, dass das Dekret aufgehoben wird, das Energiegesetz angepasst wird und das Verbot der fossilen Heizungen gestrichen wird.

Der Regierungsrat legte dazu einen Gegenvorschlag vor. Anstatt das Anliegen der Initiative aufzunehmen und moderat anzupassen, wie dies bei Gegenvorschlägen üblich wäre, schlug er jedoch das Gegenteil vor: das Verbot fossiler Heizungen direkt im Gesetz zu verankern. Damit handelt es sich faktisch nicht um einen Gegenvorschlag, sondern um einen Gegenentwurf – ein Vorgehen, das sowohl demokratiepolitisch fragwürdig als auch rechtlich angreifbar ist.

Die beiden Debatten zeigten deutlich auf, wo die Fronten verliefen. Ideologie prallte auf bürgerliche Haltung, die mehr Zeit in der Umsetzung auf nachhaltige Wärmeerzeugung gewährt und Technologieoffenheit forderte. Die FDP beantragte als diplomatischen Lösungsvorschlag den Gegenvorschlag bezüglich § 10a wie folgt zu ergänzen: *«Bei Neubauten, **und ab 1. Januar 2030 auch beim Kesseleratz eines Heizwärmeerzeugers in bestehenden Bauten oder beim Brennerersatz eines Heizwärmeerzeugers, welcher älter als 15 Jahre ist, ist ein auf erneuerbaren Energien basierendes System einzusetzen, soweit es technisch möglich und über die Lebensdauer der Anlage wirtschaftlich ist.»*** Somit hätten Hauseigentümer noch etwas Zeit, sich auf die Umstellung vorzubereiten. Dieser Antrag löste sodann eine erneute Grundsatzdebatte und entsprechend harsche Voten aus. Bei der Abstimmung obsiegten wir knapp mit Stichentscheid des Präsidenten zugunsten der zeitlichen Aufschiebung bis 2030. In der Schlussabstimmung jedoch wurde dann der ganze Gegenvorschlag vom Landrat abgelehnt. Somit kommt nur die Initiative im ersten Halbjahr 2026 vors Volk.

Formulierte Gesetzesinitiative «Energiepolitik nur mit der Bevölkerung»; Ablehnung mit Gegenvorschlag



Strategie KSBL

Sven Inäbnit (sven.inaebnit@lr-bl.ch)
Vize-Parteipräsident FDP Baselland, Landrat

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (VGK) hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit der künftigen Strategie des Kantonsspitals Baselland befasst. Ausgangspunkt waren zwei Postulate aus dem Jahr 2023, welche die Regierung beauftragten, Varianten für die Spitalentwicklung zu prüfen. Der Zwischenbericht des Regierungsrats stellte drei Optionen vor: einen kompletten Rückzug auf die Rolle eines Regionalspitals, einen Neubau an einem einzigen Standort («Grüne Wiese») sowie die Variante «Fokus plus ambulant» mit klarer Stärkung der ambulanten Versorgung.

Nach vertiefter Prüfung war für die Kommission klar, dass ein blosses Rückzugs-Szenario keine tragfähige Zukunft darstellt: wirtschaftlich unsicher, medizinisch unattraktiv und für die Weiterbildungsqualität problematisch. Hingegen stiess die Kombination aus Ausweitung der Ambulantisierung und gezielter Spezialisierung auf Unterstützung. Auch die Idee eines Neubaus («Grüne Wiese») soll als langfristige Perspektive momentan weiterverfolgt werden. Die Kommission beantragte dem Landrat deshalb einstimmig, den Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen, die Rückzugs-Variante nicht weiter zu verfolgen und die beiden favorisierten Modelle als strategische Leitplanken zu bestätigen. Diese werden voraussichtlich nach Vorliegen der Machbarkeitsstudien Anfang 2026 weiter diskutiert werden.

Die FDP-Fraktion begrüsst diesen Entscheid: Es braucht Klarheit über die Ausrichtung des KSBL, damit Ressourcen gezielt investiert werden können. Entscheidend ist, dass die Ambulantisierung konsequent umgesetzt und gleichzeitig die Qualität auf allen Ebenen gesichert werden wird.

Geschäft 2025/230 (Postulate 2023/498 und 2023/621, Strategie KSBL)

Kosten extrakantonale Patientenversorgung

Ebenfalls befasste sich die VGK mit der Frage der extrakantonalen Patientenversorgung innerhalb der Gesundheitsregion Basel. Ein Zwischenbericht zeigte auf, dass die Hospitalisierungsrate in der Region Basel deutlich über dem Schweizer Schnitt liegt. Ebenso wurde bestätigt, dass sich 56% der BL Patienten und Patientinnen ausserkantonale behandeln lassen - mit entsprechend höherer Kostenfolge. Auffällig ist insbesondere der starke Zuwachs bei gewissen Leistungsgruppen, etwa in der Radiologie, die rund 50 Prozent häufiger beansprucht wird als im Landesdurchschnitt.

Die Kommission diskutierte verschiedene Szenarien, wie die Kosten durch gezielte Vergabe von Leistungsaufträgen gesenkt werden könnten. Vier Modellrechnungen wiesen jährliche Einsparpotenziale zwischen 8 und 19 Millionen Franken aus. Gleichzeitig stellte sie fest, dass das bisherige Instrument des Mengendialogs keine spürbare Wirkung entfalten konnte.

Die Kommission beantragte dem Landrat einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die FDP-Fraktion ist klar: Wir müssen die Entwicklung der extrakantonalen Versorgung weiterhin eng verfolgen und wo nötig mit geeigneten Massnahmen kompensieren oder gar gegensteuern. Wichtig ist, dass Effizienzsteigerungen nicht auf Kosten der Qualität gehen und die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt konstruktiv gesucht wird.

[Geschäft 2023/247](#)

Eingereichte Vorstösse

Folgende Vorstösse wurden von der Fraktion der FDP an der LR-Sitzung vom 25. September 2025 eingereicht:

[Postulat 2025/425 - Silvia Lerch-Schneider](#): Mögliche Kooperationen in Bildung und Sozialwesen durch gesellschaftliche Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern ab Sekundarstufe II

FDP.Die Liberalen Baselland, 4410 Liestal | info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch



Newsletter abmelden